

Grün wirkt

Grüne Zeiten

Ortsverband Wasserburg · Ausgabe 1/2004



Liebe Wasserburgerinnen und Wasserburger,

Du entscheidest, Sie entscheiden, wir entscheiden. Am 13. Juni ist Europawahl! Das hält uns allerdings nicht davon ab, dass wir uns auch in dieser Ausgabe der Grünen Zeiten überwiegend auf lokalpolitische Themen konzentrieren.

Dennoch wollen und können wir die Europawahl nicht total ausblenden. Europa betrifft uns alle. Mehr und mehr Entscheidungen werden auf europäischer Ebene getroffen. „Ökologisch, modern, weltoffen“ war nicht nur unser Slogan bei der letzten Kommunalwahl, sondern sollte auch das Ziel für das gemeinsame europäische Haus sein. „Grün wirkt“ nicht nur national, sondern auch kontinental (und global) – und „Wir zeigen’s der schwarzen Macht“ nicht nur in München, sondern auch in Brüssel. In diesem Sinne: „It’s Your Europe!“

Nun aber viel Spass bei der Lektüre unserer neuen Ausgabe der „Grünen Zeiten“

Ihr Christian Stadler

christian.stadler@gruene-wasserburg.de

www.gruene-wasserburg.de

Inhalt

- Arbeitsnachweis der „Antragsgemeinschaft“
- Stadtwerke in prekärer Schieflage
- Spiel ohne Grenzen – Gentechnik betrifft uns alle
- SKANDAL: Schon wieder kein Streit bei den Grünen
- Sendemast im Wohngebiet – schwarz-rot macht’s möglich
- Querbeet
- Hinweis/Zustellung
- Impressum



Arbeitsnachweis der „Antragsgemeinschaft“

(ao) Auch diesmal liefern wir Ihnen wieder eine Übersicht über alle Anträge, welche die Ausschussgemeinschaft (Bürgerforum, Freie Wähler Attel/Reitmehring und Bündnis 90/Die Grünen) seit der letzten Ausgabe unserer „Grünen Zeiten“ eingebracht hat. Die ausführlichen Texte, inkl. der Begründungen, finden Sie auch auf unserer Website, auf Wunsch senden wir Ihnen diese zu.

Planung und Umsetzung eines Gehwegs in der Bahnhofstrasse/Reitmehring oberhalb der Bgm. Schmid Strasse (Antragsteller: Adil Oyan, Bündnis 90/Die Grünen [AO], Josef Baumann, FW Attel/Reitmehring [JB], Hermann Budenhofer, FW Attel/Reitmehring [HB], Lenz Huber [LH] / eingereicht am 24.03.04, noch nicht behandelt).

Aufklärung der nichtdeutschen Unionsbürger in Wasserburg über ihr Wahlrecht bei der Europawahl am 13. Juni 2004 (Antragsteller: AO, JB, HB, LH / eingereicht am 24.03.04, noch nicht behandelt, aber mittlerweile umgesetzt).

Errichtung einer Strassenbeleuchtung vom Kirchenweg (Reitmehring) zum Gewerbegebiet Staudham (Antragsteller: AO, JB, HB, LH / eingereicht am 24.03.04, noch nicht behandelt).

Antrag auf ausdrückliche Herausnahme von Feuerwehranfahrtszonen aus Sonderparklizenzen (Antragsteller: AO, JB, HB, LH / eingereicht am 30.03.04, noch nicht behandelt).

Dringlichkeitsantrag auf eigene Räume für die Antragsgemeinschaft (Antragsteller: AO, JB, HB, LH / während der Stadtratssitzung am 01.04.04 gestellt – mit Ausnahme von Peter Stenger [SPD] von allen Stadträten als Aprilscherz erkannt und abgelehnt).

Selbstverpflichtungserklärung der Bauern im Stadtgebiet zur Schaffung einer gentechnikfreien Anbauzone Wasserburg am Inn (abgeschlossen am 01.02.04).

Antrag Interkultureller Garten in der nördlichen Burgau (eingereicht am 22.01.04 – die Initiierung wurde mittlerweile von Rio Konkret übernommen, einstweilen ruht der Antrag).

Antrag zur Regulierung des ruhenden Verkehrs bei Veranstaltungen im Rathausaal (Antragsteller: AO, JB, HB, LH / eingereicht am 22.01.04 – nach sofortiger Umsetzung in vorausgehendem Gehorsam vom Hauptausschuss beschlossen am 18.03.04).

Gemeindefinanzen: Der Stadtrat der Stadt Wasserburg möge eine Resolution an die Landesregierung, die Landtagsfraktionen und die regionalen Mitglieder des Landtags beschliessen (Antragsteller: AO, JB, HB, LH / behandelt am 27.11.03 – gegen die Stimmen der CSU angenommen).

Antrag auf eine Fahrradstrasse Köbingerbergweg (Antragsteller: AO, JB, LH / eingereicht am 21.10.03 – vom Bauausschuss mit 1:6 Stimmen abgelehnt).



Stadtwerke in prekärer Schieflage

(ah) Im Februar war es wieder einmal soweit. Zusammen mit dem Haushalt 2004 der Stadt Wasserburg wurde vom Stadtrat (gegen 4 Stimmen der Ausschussgemeinschaft!) auch der Wirtschaftsplan der Stadtwerke beschlossen. Dank der (gerade auch aus rechtlicher Sicht!) sehr fragwürdigen Wasserburger Tradition, nahezu alle Stadtwerke-Themen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten und den einen oder anderen Punkt in öffentlicher Sitzung im Stadtrat nur noch abzunicken, gab es einmal mehr keine ausführliche inhaltliche Auseinandersetzung über den Kurs der Stadtwerke, die eigentlich seit Jahren überfällig ist. Hier folgt man eher einer Vogel-Strauß-Politik.

Tatsache ist, dass sich die Stadtwerke Wasserburg aktuell in einer äußerst prekären, wirtschaftlichen Situation befinden. Die Stadtwerke sind, v.a. bedingt durch den Betrieb des Badria, ein hochdefizitäres Unternehmen, das von der Substanz lebt. Zehrt man die Rücklagen weiter im bisherigen Tempo auf, werden diese etwa gegen Ende der aktuellen Stadtratsperiode aufgebraucht sein. Sollte also der Abwärtsentwicklung nicht umgehend entschieden gegengesteuert werden, wird spätestens der nächste Stadtrat statt leistungsfähiger Stadtwerke nur noch einen Scherbenhaufen vorfinden.

Warum befinden sich nun ausgerechnet die Stadtwerke Wasserburg in einer so schwierigen Situation, während gleichzeitig zahlreiche andere Stadtwerke der Region (z.B. Rosenheim) wirtschaftlich glänzend dastehen? Eine Hauptursache für die Krise in Wasserburg ist hausgemacht. Der seit einiger Zeit amtierende, neue Stadtwerkleiter arbeitet zwar mit sehr hohem, persönlichen Einsatz an der Stabilisierung des Unternehmens, die richtungsweisenden Entscheidungen stammen aber immer noch vom ehrenamtlichen Werkreferenten. In der vergangenen Legislaturperiode (1996 - 2002) kam es zu einer ganzen Reihe von gravierenden Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen, die sich entsprechend negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadtwerke auswirken. Den Großteil der Schuld trägt zwar einerseits das eingesetzte Ingenieurbüro, gegen das die Staatsanwaltschaft – endlich – wegen Betrugs ermittelt, doch wären diese Entscheidungen zu verhindern gewesen, wenn an der Spitze Leute mit entsprechendem Fachwissen gestanden hätten.

So bauten die Stadtwerke im Badria z.B. ein vollkommen überdimensioniertes Blockheizkraftwerk, dessen Baukosten noch dazu weitaus höher lagen als bei anderen Projekten vergleichbarer Größenordnung. Unverständlich bleibt dabei, dass die Stadtwerke offensichtlich nicht einmal die Auslegung des BHKWs auf Plausibilität überprüften. Den Stadtwerken dürfte allein dadurch ein Schaden in siebenstelliger Höhe entstanden sein.

Eine 2002 eingereichte Anfrage Adil Oyans zur Dimensionierung des BHKW („Aus welchem Grund ist das BHKW im Badria vergleichsweise wenig ausgelastet?“) wurde von den Stadtwer-

ken folgendermaßen beantwortet: „Das hat einen einfachen Grund: Das BHKW ist wärmegeführt und läuft zwischen 6.00 - 22.00 Uhr (zwischen 22.00 - 6.00 Uhr ist das BHKW nicht in Betrieb). Somit ist es nicht unwirtschaftlich.“

Diese Antwort offenbart entweder weitgehende Ahnungslosigkeit des Autors oder sie muss als gezielter Versuch der Irreführung gewertet werden. Die beschriebene Betriebsweise ist für BHKWs in Hallenbädern nämlich Standard. BHKWs werden daher genau für diese Betriebsweise ausgelegt. Als sinnvoll dimensioniert gilt ein BHKW, wenn es im Jahr mehr als 5500 Stunden unter Volllast läuft, das BHKW im Badria erreicht jedoch nur etwa 2500 Volllaststunden. Leider unterblieb nicht nur eine derartige Plausibilitätsprüfung im Vorfeld, es wurden auch nach erfolgter (Fehl-)Investition keinerlei Konsequenzen gezogen. Wie anders wäre es zu erklären, dass laut Antwort auf die Anfrage „Das planende Ingenieurbüro (...) noch heute für das BADRIA tätig ist.“

Wenig verwunderlich ist daher, dass z.B. auch beim Bau der Photovoltaikanlage auf dem Badria die Kosten ca. 50% über dem damals marktüblichen Preis lagen und zusätzlich noch weitere Ungereimtheiten auftraten.

Langfristig noch schwerwiegender ist, dass die Stadtwerke die Entwicklungen ihrer Branche seit Jahrzehnten weitgehend verschlafen haben – und immer noch verschlafen. Die Nutzung regenerativer Energien oder die Erschließung neuer Geschäftsfelder, wie z.B. das Anbieten von Energiedienstleistungen (Contracting, ...), mit dem andere Stadtwerke inzwischen sehr erfolgreich sind, wurden in Wasserburg nicht einmal versucht.

Überhaupt nicht mehr nachvollziehbar ist schließlich, dass die Stadtwerke dem Werkausschuss während der Stadtratsperiode 1996 - 2002 über Jahre hinweg keine Jahresabschlüsse mehr vorlegten, ohne dass Bürgermeister oder Stadtrat darauf reagierten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war überdeutlich, dass das Unternehmen Stadtwerke völlig aus dem Ruder gelaufen war. Eigentlich hätte damals sofort und entschieden reagiert werden müssen. Die damalige SPD-„Opposition“ und auch die selbsternannten Wirtschaftsexperten der CSU gönnten sich zu dieser Zeit aber wohl gerade eine längere Auszeit.

Allerhöchste Zeit also, jetzt das Ruder herumzureißen und die Stadtwerke wieder zu einem soliden Versorgungsunternehmen zu machen. Unser Vorschlag für eine Strategie zur dauerhaften Sanierung der Stadtwerke:

- Sofortiges Hinzuziehen eines erfahrenen Beratungsunternehmens
- Ermittlung der aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadtwerke
- Kritische Überprüfung aller geplanten Investitionen
- Überprüfung aller in den vergangenen Jahren getätigten Investitionen und Rückforderung von überhöhten Zahlungen
- Entwicklung eines tragfähigen Konzepts für Betrieb und Finanzierung des Badria
- Entwicklung einer mittel- und langfristigen Strategie für die zukünftige Geschäftstätigkeit der Stadtwerke
- Personelle Verstärkung der Stadtwerke-Leitung

Spiel ohne Grenzen – Gentechnik betrifft uns alle

(mh) Alle, die sich bereits mit dem Thema „gentechnisch veränderte Lebensmittel“ auseinandersetzen, wissen es bereits: **Niemand will sie – trotzdem kommen sie!**

Auch darüber, dass es zu dem am 12.01.04 vorgestellten Gentechnikgesetz Nachbesserungen geben muss – sind wir uns wohl einig. Dies wird seit Anfang April auch verhandelt.

Doch jetzt wird's schwierig: Was genau soll eigentlich nachgebessert werden und warum überlegt sich ausgerechnet die Grüne Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft Renate Künast ein Gesetz, das gentechnisch veränderte Organismen (GVO) überhaupt zulässt?

Im Juli 2003 hat die EU-Kommission Leitlinien für die Erarbeitung einzelstaatlicher Strategien für die Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen vorgestellt.

Deren Umsetzung ist, gerade in Zeiten knapper Mehrheiten und äußerst unterschiedlicher Sichtweisen, schwer genug. Trotz allem erwartet man natürlich gerade als (potenzieller) Wähler der Grünen eine striktere Entscheidung, die sich klar vom Einsatz der GMO distanziert. Gründe hierfür gäbe es genug:

- Gesundheitliche Risiken (Allergien oder andere unabsehbare Spätfolgen)
- Ökologische Risiken, die nicht abschätzbar sind (unkontrollierte Kontamination anderer Pflanzen- oder Tierarten sowie der Förderung von Monokulturen)
- Britische Studien belegen z. B. beim Anbau von genmanipulierten Zuckerrüben und Raps einen eindeutigen Rückgang der Artenvielfalt.
- Enorme Schwierigkeiten beim Versuch, die Ökolandwirtschaft zu erhalten, geschweige denn auszubauen.

Allerdings muss man auch den Realitäten ins Auge sehen: So hat das Bundesland Oberöster-



reich bei dem Versuch, den Anbau von genveränderten Pflanzen gesetzlich ganz zu verbieten derzeit genug mit dem Widerstand der EU – Kommission zu tun und klagt gegen diesen Widerstand momentan vor dem europäischen Gerichtshof – dieser Ausgang wird spannend und möglicherweise richtungweisend. In Oberösterreich sind sich jedoch wenigstens schon einmal alle verschiedenen Parteien einig, dass GVO für sie nicht in Frage kommen.

Weitgehend einig sind sich auch die KonsumentInnen in ganz Europa: Sie wollen auf Gen-Food verzichten, sehen weit mehr Gefahren darin als Vorteile. Dies wiederum macht die Geschichte für Saatgutvertreiber unrentabel. Das amerikanische Unternehmen „Monsanto“ dominiert inzwischen ca. 90 % des Weltmarktes für genverändertes Saatgut und so will die US-Regierung diese „alten“ Europäer per Klage vor der Welthandelsorganisation (WTO) dazu zwingen, dass die Produkte der amerikanischen Gen-Industrie ungehindert auf den europäischen Markt gelangen können. Hierbei wird eindeutig darauf abgezielt, dass die Gesetze zur besseren Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit – die EU-weit seit 18. April in Kraft getreten sind – rückgängig gemacht werden.

Wie kann man das Schlimmste noch verhindern? Regional werden Bündnisse von Landwirten geschlossen, die sich vertraglich selbst verpflichten, auf den Anbau von GVO zu verzichten. So auch geschehen in Wasserburg, wo sich Anfang Februar die Landwirte zu einer 700 ha grossen gentechnikfreien Zone zusammenschlossen. Hier seien noch einmal ausdrücklich Lorenz Huber und Sepp Baumann erwähnt, die dieses Unterfangen initiierten. Dieser Zusammenschluss ist einer von momentan 14 Zonen in ganz Bayern, wobei der komplette Lkr. Miesbach mit ca. 31.000 ha sogar als die grösste gentechnikfreie Zone in ganz Deutschland gilt.

Da dürfen sich noch sehr viele umliegende Gemeinden dem Wasserburger Vorbild anschließen, um hier noch weiter gehen zu können, denn – und nun kommen wir darauf, wie sich eigentlich der Verbraucher vor Ort vor unerwünschtem Gen-food schützen kann – nur dann hat man auch in Zukunft bei frischem Obst und Gemüse aus der Region eine Gewährleistung für absolut „saubere“ Lebensmittel.



Weitere Möglichkeiten, sich als KonsumentIn vor unerwünschten „Kuckuckseiern“ zu schützen sind:

- Die Mahlzeiten aus frischen Zutaten möglichst selbst zubereiten und auf Fertigprodukte so weit wie möglich verzichten, denn je stärker ein Gericht vorproduziert wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass einzelne Inhaltsstoffe mit Gentechnik in Berührung gekommen sind.
- Sortenreine pflanzliche Öle wie Olivenöl, Sonnenblumenöl, Distelöl oder Nussöle
- Ökologische Lebensmittel mit den jeweiligen Siegeln der Anbauverbände, sowie dem staatlichem Bio-Siegel oder dem Zeichen „Ohne-Gentechnik“

Milch, Fleisch und Eier von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, sind von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen. Hier besteht also konkret noch Nachbesserungsbedarf beim neuen Gesetz und nicht beim Schutz der GVO-Landwirte vor finanziellen Risiken, wie von Kreisen der Unionsparteien gefordert und hierbei sollte man auch die uneingeschränkte Unterstützung des Koalitionspartners erwarten können. Wenn dann auch noch die lobenswerten Selbstverpflichtungen der Landwirte anders und ehrlicher umgesetzt werden als die der Industrieverbände, haben es die VerbraucherInnen durch die Wahl der Produkte in der Hand, die befürchteten Ausuferungen zu verhindern. (Quellen: BUND, BMfVEL, „faire-Nachbarschaft“)

E-Mail-Newsletter Abo:
www.gruene-wasserburg.de
oder info@gruene-wasserburg.de

SKANDAL: Schon wieder kein Streit bei den Grünen

(aa) Auf seiner Jahreshauptversammlung blickte der Wasserburger Ortsverband auf ein äusserst erfolgreiches Jahr zurück. Neben einem sehr engagiert und erfolgreich geführten Landtags- und Bezirkstagswahlkampf, bei dem mit knapp 15% bzw. 13% einmal mehr die besten Resultate im gesamten Landkreis erzielt wurden, berichtete Ortsvorsitzender Christian Stadler über die Beteiligung an mehreren Aktionen wie dem Wasserburger Nationenfest und der Organisation einer „Mahnwache gegen Rechts“, mit der sich die Wasserburger Bevölkerung erfolgreich dagegen wehrte, Treffpunkt für eine „Reichsgründungsfeier“ der NPD zu werden.

Besonders hob Stadler die enge Zusammenarbeit zwischen dem Ortsverband und Stadtrat Adil Oyan hervor. Ein Großteil der gestellten Anträge sei von Stadtrat und Ortsvorstand gemeinsam erarbeitet worden. Trotz des marktschreierischen Wehklagens anderer Stadtratsfraktionen über die „Antragsflut“ falle die Bilanz dabei sehr positiv aus: Von den Anträgen im Berichtszeitraum wurden über 80% angenommen, wenn auch zum Teil mit kleinen Änderungen.

Ausserdem wurde ein neuer, nur leicht veränderter Vorstand gewählt und gleich um einen „Jugendbeauftragten“ erweitert. Als Vorstände bestätigt wurden: Christian Stadler, Andrea Anger und als Kassierer Alexander Hartung. Für Jochen Tuschy, der nicht mehr kandidierte, wurde Ulrike Oyan neu gewählt. Georg Reinthaler wurde als Ansprechpartner für Jugendliche in den Vorstand kooptiert.

Abschließend wagte man noch einen Ausblick auf das kommende Jahr. So feiert der Ortsverband dieses Jahr 20 jähriges Bestehen und die Planungen für eine würdige Feier laufen ebenso wie für den Beitrag zum diesjährigen Nationenfest.

Sendemast im Wohngebiet – schwarz-rot macht's möglich

(cs) Für Aufregung unter den Anwohnern sorgte vor kurzem die Aufstellung eines Mobilfunkmastes auf einem Gebäude in der Abraham-Megerle-Straße, also direkt inmitten eines Wohngebietes.

Solche Sendemasten sind bis zu einer Höhe von 10 m grundsätzlich genehmigungsfrei, was bedeutet, dass die Stadt, in diesem Fall der Bauausschuss, keine Möglichkeit hat, dessen Aufstellung zu verhindern. Dabei scheint man sich dort der Risiken und Nebenwirkungen von elektromagnetischen Feldern durchaus parteiübergreifend bewusst zu sein, wurden doch alleine in dieser Wahlperiode mehrere Anträge auf Errichtung von genehmigungspflichtigen Anlagen (über 10 m) abgelehnt.

Aber kann das wirklich sein, dass man als Bauherr z.B. für den Anbau eines Wintergartens oder eine zusätzliche Dachluke einen Bauantrag braucht, dem alle angrenzenden Nachbarn vorweg mit ihrer Unterschrift zustimmen müssen, während man Mobilfunkmasten ohne jede Vorwarnung vor die Nase gesetzt bekommt? Ja, es kann – und das nicht, OBWOHL die Auswirkungen der davon ausgehenden gepulsten Hochfrequenzstrahlen auch unter Fachleuten höchst umstritten sind, sondern, wenn man den Verlautbarungen des bayr. Staatsministeriums des Inneren glauben darf, eben GERADE DESWEGEN. Anlässlich eines zum wiederholten Male gestellten Antrages der Grünen Landtagsfraktion, grundsätzlich alle Mobilfunkanlagen genehmigungspflichtig zu machen, ließ man dort verlautbaren, dass dann „...mit einer stark steigenden Anzahl von Baugenehmigungsverfahren, Rechtsbehelfverfahren und verwaltungsgerichtlichen Auseinandersetzungen zu rechnen...“ sei (Quelle: Bay. Staatsministerium des Inneren, Pressestelle, vom 02.04.04). Grund genug also, den Antrag der Grünen nicht nur mit der 2/3-Mehrheit der CSU, sondern auch mit den Stimmen der SPD, abzulehnen.

Bedeutet im Klartext: All die schönen Rechtsmittel, welche Sie als Nachbar gegen bedrohliche Wintergärten, Fassadenänderungen oder Dachgauben jederzeit auffahren dürfen, werden Ihnen dort vorenthalten, wo Sie eventuell gerne mal da-



von Gebrauch machen würden – und zwar mit eben der Begründung, DASS Sie davon ja auch Gebrauch machen könnten. Statt dessen ruhen die Hoffnungen im bayerischen Innenministerium auf den sogenannten Mobilfunkpakt II, in dem sich die Mobilfunkbetreiber vernetzen und mit den Kommunen auf freiwilliger Basis um gegenseitige Information und gegebenenfalls auch Alternativstandorte bemühen sollen. Den durchschlagenden Erfolg dieser freiwilligen Selbstverpflichtung können die Anwohner der alten Burgau nun täglich aus nächster Nähe bewundern.



Querbeet

(cs/ao) Durchaus heftige Reaktionen gab es auf das Querbeet unserer letzten „Grünen Zeiten“, hatten wir doch angefragt, warum die SPD noch Faschingslupen unters Volk bringt und Rosenmontagsbälle veranstaltet, wo doch in Wasserburg die Narren das ganze Jahr regieren. Nicht wenige fühlten sich angesprochen und waren „not amused“ – die SPD-Fraktion soll gar einen Beschluss gefasst haben, nicht mehr mit unserem Stadtrat zu reden. Auch wenn sie sich leider nicht lange daran gehalten hat, findet der Rest der „Grüne Zeiten“-Redaktion diese Vorzugsbehandlung ungerecht, weshalb wir diesmal alle Artikel namentlich gekennzeichnet haben.

Dennoch scheint unser Einwand von damals gefruchtet zu haben: Einen Rosenmontagsball der SPD hat es heuer nicht gegeben und die Faschingslupe was nur nominell eine, ähnelte aber inhaltlich eher der Totensonntagsausgabe.

Darum möchten wir an dieser Stelle also die Frage aufwerfen, warum die SPD immer noch Ascherdonnerstagsveranstaltungen organisiert,

wo sie doch, wie die Umfragen deutlich zeigen, mittlerweile ganzjährig die Karwoche begeht.

Trotzdem hat der Ortsvorstand der Grünen beschlossen, nun das „Projekt 18“ der SPD zu unterstützen. Schließlich brauche man selber ja auch ein einigermaßen verlässliches Zünglein an der Waage nach der nächsten Kommunalwahl, falls die Grünen zusammen mit den Freien Wählern und dem Bürgerforum knapp an der eigenen absoluten Mehrheit vorbeischrappen.

Dieser Optimismus im Lager der „Viererbande“ begründet sich in erster Linie auf das gute Teamwork: Die FW Attel/Reitmehring haben sich im letzten Faschingszug als Zugmaschine für die Grünen bewährt. Andersrum könnte man auch behaupten, die Grünen haben die Freien Wähler sauber vor den Karren gespannt. In jedem Fall aber ist augenscheinlich, dass die Zusammenarbeit fruchtbarer (für manche auch furchtbarer) ist, als jeder Kolumnist des Oberbayrischen Heimatblattes sich jemals hätte träumen lassen. So werden mittlerweile die Anträge der Antragsgemeinschaft nicht mehr beschlossen, sondern in vorseilendem Gehorsam umgesetzt und bekannt gegeben – so geschehen in der Hauptausschusssitzung vom 18. März diesen Jahres.

Da tut es der Sache auch keinen Abbruch, wenn der Huber Lenz (Bürgerforum) Fußgängerüberführungen für den Bereich der Altstadt vorschlägt. Abgesehen von der damit verbundenen optischen Aufwertung, könnte dann der Schlager „Über sieben Brücken musst Du gehen“ die neue Wasserburger Stadthymne werden.

Doch was macht in diesem bunten Treiben eigentlich die CSU? Die wirft unserem Stadtrat ganz unpopulistisch Populismus und Scheinheiligkeit vor, weil dieser es gewagt hatte, erfolgreich eine Resolution an die bayerische Staatsregierung zu beantragen. Zitat Hans Köck: „Die bayerische Staatsregierung braucht keine Ratschläge von einem Grünen!“. Sprach's – und erteilte im nächsten Satz der deutschen Bundesregierung ebenfalls unerbetene Ratschläge.

Neue Erkenntnisse gibt es seitens der CSU dafür in der Verkehrsplanung. Lange Zeit hatte man ja den Standpunkt vertreten: „Wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist“. Bei der Debatte um Zielvorgaben für den beauftragten Verkehrspla-

ner überraschte dann allerdings Stadtrat Andi Ass mit dem dringenden Appell, dass er dem Experten ja keinesfalls inhaltlich dreinreden wolle, aber es müsse sofort irgendwas geschehen, weil die Zeit dränge. Die neue CSU-Linie zur Verkehrsplanung lautet demnach zusammengefasst: „Egal wie, aber alles muss bleiben, wie es ist – und zwar möglichst bald!“ Konsequenterweise hat Fraktionssprecher Hans Köck die von ihm formulierten Vorschläge zur Zielvorgabe dann auch mit dreimonatiger Verspätung abgegeben.

Überhaupt möchte man ja inhaltlich zum Thema so wenig wie möglich beitragen, sondern erstarrt in Ehrfurcht ob der großen Kompetenz und Objektivität des neuen Verkehrsplaners. Ob das auch so bleibt, wenn dieser kompetent und objektiv Vorschläge unterbreitet, die der CSU nicht unbedingt genehm sind? Oder dreht man dann ähnliche Pirouetten, wie der Hundeklo-Beauftragte (Selbstbezeichnung: „Geistiger Motor“) der Stadt, Oliver Winter? Dieser hatte den beantragten Beitritt zur Erklärung von Barcelona (Selbstverpflichtung zu einer behindertenfreundlichen Umgestaltung der Stadt) mit der Begründung abgelehnt, dass man sich dann ja tatsächlich daran halten müsste, weil da die Behindertenbeauftragte des Landkreises bestimmt darauf

schaut. Na wenn das so ist, sollte man lieber keine Beschlüsse mehr fassen. Muss einem ja gesagt werden, dass man die nicht nur fasst, sondern sich auch noch selber dran halten muss. Unser Stadtrat lernt nie aus...

Auch was die großzügige Interpretation eigener Wahlslogans betrifft, kann man sich von den Schwarzen noch einiges anschauen: Frei nach dem parteieigenen Motto „sozial ist, was Arbeit schafft“ eröffnete CSU Stadtrat Robert Zeislmeier die erste Tankstelle, die ganz ohne Personal auskommt – während sich seine Fraktion über die Anträge der Antragsgemeinschaft echauffiert, weil diese der Verwaltung so viel Arbeit machen würden.

Diesem Vorwurf schloss sich auch bereits der Referent für Kultur und Fischbeobachtungen, Helmut Schedl (SPD), an. Dabei hat dieser derzeit noch ganz andere Probleme. So ist er in grosser Sorge um die Wasserqualität im Badria, weil er dort – im Gegensatz zum Wuhrbach – noch keine Hechte beobachten konnte. Er fordert deshalb, das Verbot des Springens vom Beckenrand aufzuheben. Die Backfische des Grünen Ortsverbandes begrüßen diese Initiative, gibt es ihnen doch die Möglichkeit zu beweisen, dass sie sich mittlerweile zu tollen Hechten gemausert haben.

Hinweis/Zustellung

Liebe Leserin, lieber Leser,

viele von Ihnen wollen durch entsprechende Aufkleber auf dem Briefkasten den Einwurf von Werbung, und damit den unnötigen Anfall von Altpapier, verhindern. Ein solcher Wunsch wird von uns selbstverständlich respektiert. Vielleicht wundern (oder ärgern) Sie sich, dass Sie unsere „Grünen Zeiten“ trotzdem erhalten haben. Dazu folgende Erklärung:

Bei den „Grünen Zeiten“ handelt es sich unserer Ansicht nach um keine kommerzielle Werbung – schließlich wollen wir Ihnen nichts verkaufen – sondern um eine Information über die Arbeit unseres Ortsverbandes, bzw. um eine kostenlose

Zeitung. Wenn Sie auch davon (und von anderen Druckerzeugnissen anderer Parteien) künftig „verschont“ bleiben wollen, bleibt Ihnen selbstverständlich die Möglichkeit, dies durch einen entsprechenden Zusatz auf Ihrem Briefkasten (etwa: „Keine Werbung und keine kostenlosen Zeitungen“) zu verdeutlichen. An eine so klare Aussage werden wir uns in jedem Fall auch halten. Schließlich wollen wir Sie informieren und nicht missionieren.

Noch lieber ist es uns selbstverständlich, wenn Sie unser „Informationsangebot“ annehmen. Auch für konstruktive Kritik und Anregungen sind wir dankbar. Sie können das per Post oder E-Mail machen, aber natürlich auch bei unseren Ortsversammlungen vorbeischaun.

Impressum: „Grüne Zeiten“ ist die regelmäßig erscheinende Zeitung des Wasserburger Ortsverbandes von Bündnis 90/Die Grünen.
Mitarbeiter dieser Ausgabe: Christian Stadler (cs), Adil Oyan (ao), Alexander Hartung (ah), Andrea Anger (aa), Markus Hoefft (mh)
· **V.i.S.d.P.:** Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Wasserburg am Inn c/o Christian Stadler, Marienplatz 25, 83512 Wasserburg am Inn / E-Mail: Christian.Stadler@gruene-wasserburg.de · **Internet:** <http://www.gruene-wasserburg.de> · **Bankverbindung für Spenden:** Bündnis 90/Die Grünen Wasserburg - GLS Gemeinschaftsbank - Konto Nummer: 6000457200 - BLZ 430 609 67